



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession des Nationalrates:

Beschleunigte Innovation in der Mobilität

Thürnen, 30. Juni 2023

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Im Oktober wählen Sie, geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ein neues Parlament. Mit Freude und Engagement stelle ich mich für eine weitere Amtsperiode im Nationalrat zur Wahl. Nach den Sommerferien kommt der Wahlkampf in die heisse Phase. Es freut mich ausserordentlich, wenn Sie meinem Unterstützungskomitee beitreten.

<https://www.danielaschneeberger.ch/mein-komitee>. Sie können selbstverständlich auch bei anderen Kandidatinnen und Kandidaten beitreten. Das ist Ihre Entscheidung.

In der Sommersession haben wir wichtige Akzente setzen können: Die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes kann dank einer PUK an die Hand genommen werden. Ich werde tatkräftig mitwirken. Natürlich beginnt auch bereits die Vorbereitung für den Wahlkampf, auf den ich mich freue – ich möchte für eine weitere Legislatur meine Erfahrung, mein Netzwerk und meine guten Dienste einbringen kann – für uns alle.

Bundesamt für Verkehr ist einsichtig ([23.7319](#))

Mir ist wichtig, dass wir dank Innovationen rasch voran kommen in der Schweiz. Technologische Innovationen sind sehr wichtig für unseren künftigen Erfolg. Ultra-Hochleistungs-Faserbaustoff-Rohre, kurz UHFB, sind eine solche technologische Innovation, denn sie verlängern die Lebensdauer und verbessern die Energieeffizienz im Vergleich zu heutigen Rohren. Angesichts der millionenschweren Investitionen sind sie ein willkommener Kostendämpfer beim Unterhalt und dem Bau von Bahnanlagen. Ich habe mich geärgert, dass das Bundesamt für Verkehr BAV über ein Jahr für die Zulassung dieser neuen Technologie brauchen soll und so eine innovative KMU ausbremst. Das Bundesamt hat aber gut reagiert: Denn das BAV gelobt die internen Abläufe aufgrund dieses Vorfalls anzupassen. Es lohnt sich also, unseren Behörden auf die Finger zu schauen und für solche kritischen Themen gute Kontakte zu haben.

CS-PUK: Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes wieder herstellen ([23.427](#))

Für einmal herrschte im Parlament Einigkeit: Von rechts bis links verlangten alle Parteien, dass die Übernahme der CS durch die UBS von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zu untersuchen sei. Nur eine saubere Aufarbeitung, bei der es keine Tabus geben darf, kann die Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes wieder herstellen. Auch der Bundesrat revidierte seine

ursprüngliche Meinung und unterstützt das von beiden Kammern deutlich, im Nationalrat sogar einstimmig beschlossene Vorgehen.

Je sieben Vertreterinnen und Vertreter aus National- und Ständerat sowie aus allen Parteien werden in der PUK Einsitz nehmen. Als Mitglied dieses stärksten Instruments der parlamentarischen Oberaufsicht werde ich die Vorkommnisse der Notübernahme der CS durch die UBS sehr genau unter die Lupe nehmen.

Nationalrat knapp für ein tieferes Stimmrechtsalter ([19.415](#))

Angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung sowie Entscheiden bezüglich der Altersvorsorge, die vor allem die Jungen betreffen, verlangt eine parlamentarische Initiative aus linken Kreisen die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts schon ab 16 Jahren. Eine Mehrheit der Kantone lehnt dies ab. FDP, SVP sowie Teile der Mitte sprachen sich ebenfalls dagegen aus. Die Begründung ist ebenso einfach wie klar: Eine Trennung vom politischen und zivilrechtlichen Mündigkeitsalter ist nicht sinnvoll. In der Folge empfahl eine Mehrheit der Staatspolitischen Kommission, das Begehren abzuschreiben. Der Entscheid am Montag der letzten Sessionswoche fiel mit 98 zu 93 Stimmen zugunsten einer Herabsetzung äusserst knapp. Nun gilt es einmal mehr, im Ständerat für eine Korrektur zu lobbyieren.

Totalrevision des Zollgesetzes: Auch Minderheiten können gewinnen ([22.058](#))

Eine knappe Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK hatte die Rückweisung der Totalrevision des Zollgesetzes verlangt. Im Hinblick auf die Detailberatung waren über 90 Anträge eingegangen. Die Vorlage sei daher zu komplex und noch nicht verhandlungsreif, so deren Argument. Ich bin hier anderer Meinung und führte die Minderheit an, die keine Aufschiebung wollte. Mit der Rückweisung hätten wir enorm viel Zeit und Geld verloren. Ausserdem wollten die betroffenen Wirtschaftsverbände hier auch vorwärts machen, insbesondere mit der Digitalisierung. Die Grosse Kammer folgte schliesslich meinen Ausführungen und stimmte mit 100 zu 78 Stimmen bei neun Enthaltungen für die Detailberatung, d.h. zurück an die Kommission und somit Start mit der Beratung.

Nationalstrassen: Unterhalt heisst Werterhalt ([23.032](#))

Zwölf Milliarden Franken beantragte der Bundesrat dem Parlament für den Unterhalt und den Ausbau des Nationalstrassennetzes bis 2030. Der Nationalrat ging noch weiter und stockte den Kredit auf: 8,8 Milliarden Franken fliessen in den Unterhalt. Unter den fünf Ausbauprojekten, für die rund 5,3 Milliarden budgetiert sind, ist auch der Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen, der die Nordtangente von Basel entlasten wird.

Die Argumentation von Verkehrsminister Albert Rösti überzeugte. 40 Prozent des Personenverkehrs und 70 Prozent des Güterverkehrs werden über nur drei Prozent des gesamten Strassennetzes abgewickelt. Würden die Autobahnen nicht unterhalten und ausgebaut, führt das unweigerlich zu Ausweichverkehr über die Landstrassen und durch die

Agglomerationen. Rösti betonte zudem, dass er sich ebenso engagiert für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzen werde.

Einigermassen erstaunt bin ich über die Haltung der Grünliberalen: Zusammen mit SP und Grünen beantragten sie die Rückweisung des Geschäfts. Nun ist der Ständerat am Zug. Das letzte Wort hat wahrscheinlich das Volk, denn der Verkehrsclub und die Grünen planen ein Referendum.

Agglomerationsverkehr: Bund unterstützt Regionen (23.033)

Fast 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung lebt in Städten und Agglomerationen, Tendenz steigend. Hinzu kommt, dass 84 Prozent der Arbeitsplätze in den Ballungszentren angesiedelt sind. Entsprechend gross ist der Bedarf am Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Schon seit 15 Jahren beteiligt sich der Bund mit 30 bis 45 Prozent an regionalen Verkehrsinfrastrukturprojekten. Gegen die Vorlage gab es keine Opposition, im Gegenteil. Gegen den Willen des Bundesrates stockte die Grosse Kammer den Kredit zu Gunsten eines Umfahrungstunnels im «Locarnese» um 35 Millionen Franken auf. Ein Kreditrahmen von 1,6 Milliarden Franken passierte im Nationalrat mit 196 zu null Stimmen. Die Agglomerationsprogramme kommen aufgrund der Initiative der Gemeinden und Regionen zustande, die Nationalstrassenprojekte aufgrund der Initiative des Bundes. Das ist der grundlegende Unterschied. Ein kurzer Blick in die Projekte auf in unserer Region: dort geht es beispielsweise im Kanton Basel-Stadt um ein Tram Petersgraben, im Kanton Basel-Landschaft um ein Tram Letten und es geht zum Beispiel um die Aufwertung der Ortsdurchfahrt Riehen Dorf.

Je ein Drittel fliesen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in Strassenbauprojekte sowie in Projekte für den Fussgänger- und Veloverkehr.

AHV: Keine Gnade für Renteninitiative der Jungfreisinnigen (22.054)

Mit ihrer Initiative für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge, der sogenannten Renteninitiative, wollten die Jungfreisinnigen das Pensionsalter an die Lebenserwartung koppeln. In einem ersten Schritt wäre das Rentenalter auf 66 Jahre angestiegen, danach um jeweils 0,8 Monate pro Monat höhere Lebenserwartung. Davon wollte der Nationalrat schon im ersten Anlauf nichts wissen und wies das Geschäft zurück. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit sollte einen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten und eine Schuldenbremse einbauen. Davon wiederum wollte die Kommission leider nichts wissen.

Die Initiative der Jungfreisinnigen kam zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die BVG-Revision steht im Raum, und auch die 13. AHV-Rente ist noch nicht vergessen. In den Debatten war zudem deutlich spürbar, dass wir uns in einem Wahljahr befinden. Der Nationalrat folgte schliesslich seiner Kommission und empfiehlt, die Initiative abzulehnen. Und auch im Ständerat fand das Ansinnen keine Gnade. Das Anliegen ist jedoch richtig und berechtigt. Wir werden dafür in der Volksabstimmung kämpfen.

Weitergabe von Effizienzgewinn und Kostenersparnis dank Digitalisierung ([23.3750](#))

Die Digitalisierung ist eine grosse Chance: Weniger Fehler, weniger Aufwand, weniger «langweilige» Arbeit... usw. Zum Glück wird hier nun auch die Verwaltung aktiver. Ich kenne die positiven Effekte aus meiner Arbeit als Treuhänderin, zum Beispiel beim Handelsregister können viele Änderungen mit elektronischen Hilfsmitteln selbst eingeleitet werden. Auch in anderen Bereichen setzt die Verwaltung auf digitalisierte Prozesse. Das muss über kurz oder lang Auswirkungen auf die Gebühren und Abgaben haben, d.h. diese Effizienzgewinne müssen zu einer Senkung und somit Kostenersparnis führen. Mit meinem Postulat möchte ich den Bundesrat dazu auffordern, eine Prüfung vorzunehmen.

Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Sommer und danke Ihnen für Ihr Vertrauen.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

Bankverbindung:
Basellandschaftliche Kantonalbank
IBAN CH57 0076 9012 4067 4200 1

